

Desaströse Halbzeitbilanz der Bundesregierung

Liebe Genossinnen und Genossen,
die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause ist vorbei und damit befinden wir uns in der Halbzeit der 17. Legislaturperiode. Natürlich ist das Anlass, für die Merkel-Regierung eine Zwischenbilanz vorzulegen. Titel: „Dem Land geht es gut“. Soweit, so richtig. Nur haben CDU/CSU/FDP dazu so gut wie nichts beigetragen. Im Gegenteil: Sieht man ihre Politik, so entsteht viel mehr der Eindruck, dass alles versucht wurde, um dem Land zu schaden.



In der Energiepolitik schwenken sie innerhalb von 6 Monaten von der Verlängerung der Laufzeiten zu einem Ausstieg aus der Atomenergie um. Grundsätzlich erfreulich. Doch auch dieser Zick-Zack-Kurs verwirrt nicht nur das Innenleben der Koalitionsparteien, sondern wirft auch die Fragen nach der Planungssicherheit bei dieser Regierung auf. Und beim Ausbau der Erneuerbaren Energien fehlt ihr leider jeglicher Ehrgeiz. Mehr dazu auf Seite 2.

In der Außenpolitik enthielt sie sich im Sicherheitsrat bei der Abstimmung über den Libyen-Einsatz, um dem Bündnis dann sofort ein stärkeres Engagement in Afghanistan anzubieten und jetzt anscheinend den Verkauf von 200 Kampfpanzern an Saudi-Arabien zu erlauben. Und im Plenum des Deutschen Bundestages schweigt die Kanzlerin. Glaubwürdige Bündnis-, Friedens- und Menschenrechtspolitik sieht anders aus.

Die Bundesregierung stolpert auch mit er-

schreckende Orientierungslosigkeit durch die Griechenlandkrise. Bundeskanzlerin Merkel gelingt es offensichtlich immer weniger, bei wichtigen Themen ihre Regierungskoalition zusammenzuhalten. Schlimmer noch: Sie selbst scheint keine klaren Vorstellungen mehr davon zu haben, welche Lösungen sie anstrebt. Da ist es auch kein Wunder, dass die Konservativen in Europa den konservativen griechischen Oppositionsführer nicht von notwendigen Reformen überzeugen konnten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Vorstellungen zur Gewährleistung der Stabilität der Eurozone mit einem Entschließungsantrag (Drs. 17/6161) in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Die Bundeswehrreform wurde vom damaligen Verteidigungsminister vollkommen überstürzt angegangen und sorgt für große Unsicherheit unter den Soldaten. Außerdem bleibt unklar, wie die fehlenden Zivildienststellen mit dem viel zu spät eingeführten freiwilligen Zivildienst ersetzt werden sollen. Und zu guter Letzt erleben wir in diesen Wochen eine skurrile Debatte. Die FDP will unbedingt die Steuern senken und scheint nun auch die Kanzlerin von dieser Idee überzeugt zu haben. Dass die tatsächlich gute wirtschaftliche Entwicklung nur bedeutet, dass wir nicht so viele neue Schulden aufnehmen müssen wie geplant, scheint außer dem Bundesfinanzminister in dieser Regierung niemand zu verstehen.

Unter dem Strich wird immer deutlicher was wir von Anfang an gesagt haben. Diese Regierung kann es nicht. Und damit gilt noch stärker als bisher: Unser Land braucht eine tatkräftige SPD!

Nun aber euch allen einen sonnigen und erholsamen Sommer.

Herzlichst Euer



Franz Thönnnes MdB

IN DIESER AUSGABE

Berlin

- 2 Atomausstieg beschlossen
- 3 Interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Visa-Liberalisierung mit Russland startet Arbeit
- 4 Dänische Regierung unterstützt Ausbildungsprojekt „FBQ“
- 5 Betriebsrätekonferenz in Berlin
- 6 BPA-Besuchergruppe zu Gast in Berlin

Thönnnes unterwegs

- 6 Willy-Brandt Stiftung unterstützt den deutsch-norwegischen Jugendaustausch
- 7 Olsztyn/Polen, Bad Segeberg, Hamburg, Ahrensburg, Ellerau, Wahlstedt, Trappenkamp/Daldorf

Wahlkreis

- 8 Junge Estin besuchte die Kreise Segeberg und Stormarn
- 10 Regierung kürzt aktive Arbeitsmarktpolitik drastisch
- 11 2. Deutsch-Russische Politikwerkstatt zu Gast in Bad Segeberg

Sonstiges / Impressum

- 10 Kontakt
- 10 Impressum

Atomausstieg beschlossen Aber die Energiewende beginnt jetzt erst

Am 30. Juni 2011 hat der Deutsche Bundestag und am 8. Juli der Deutsche Bundesrat ein sofortiges Abschalten der ältesten AKW's sowie einen kompletten Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 beschlossen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat diesem im Parlament vor dem Hintergrund, dass die SPD seit mehr als 25 Jahren für das Ende der Atomkraft gearbeitet hat, zugestimmt.

„Mit der Vorlage des Energiepakets haben CDU/CSU und FDP eine Kehrtwende in der Energiepolitik vollzogen. Schwarz-Gelb ist mit geringfügigen Änderungen zum rot-grünen Atomausstieg aus dem Jahr 2000 zurückgekehrt. Das jetzige Ergebnis wird sich an der damaligen Umsetzung des Ausstiegs messen lassen müssen. Dieser war rechtssicher, verfassungsfest, frei von Entschädigungsleistungen und wurde nicht beklagt“, so SPD-MdB Franz Thönnnes.

Aber mit dem Ausstieg ist die Energiewende noch lange nicht erreicht. Vielmehr wäre es jetzt notwendig, in vielen Bereichen den von SPD und Grünen eingeleiteten Umbau des Energiesystems hin zu einem sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energiedienstleistungssystem fortzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Vorstellungen hierzu mit dem Antrag

„Energiewende zukunftsfähig gestalten“ (Drs. 17/6292) in den Deutschen Bundestag eingebracht. „Mit der Verabschiedung des Gesetzepakets der Regierungsfaktionen haben sie den entgegengesetzten und damit falschen Weg eingeschlagen. Der Novelle des Erneuerbare Energiengesetzes (EEG) hat meine Fraktion deshalb nicht zugestimmt. Bei der Abstimmung zum Energiewirtschaftsgesetz haben wir uns enthalten“, erläutert der SPD-Politiker.

Schwarz-Gelb habe bewusst darauf verzichtet, in einem breiten, fraktionsübergreifenden Konsens die Eckpunkte für den Schlüsselsektor Energie festzulegen. Ein politischer und gesellschaftlicher Energiekonsens wurde damit verhindert. Dabei wäre dieser ein wichtiger Schritt, die Akzeptanz bei den Menschen für wichtige Infrastrukturprojekte wie Stromnetze, Speicher oder Erneuerbare-Energien-Anlagen zu erhöhen. Hierdurch besteht die Gefahr, dass die mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz angestrebte Ziele verfehlt werden.

Für die SPD müssen über die von den Regierungsfaktionen beschlossenen Vorhaben noch weitere umgesetzt werden. Dazu zählen die Einführung eines Monitorings für den gesamten Prozess der Energiewende, das in Kraft setzen des aktualisierten kerntechnischen Regelwerks und eine rasche, gesetzliche Regelung für eine ergebnisoffene Endlagersuche.

Des Weiteren geht der Regierungsvorschlag bei der EEG-Novelle nicht weit genug. Die Zielsetzung muss 45 Prozent statt 35 Prozent aus erneuerbaren Energien bis 2020 lauten und es bedarf klarer Regelungen für die stromintensiven Industrien. Aus den Erfahrungen von Stuttgart 21 lernend ist es auch dringend geboten, die Bürger und die Bundesländer früher in den Netzausbau mit einzubeziehen. Abschließend fordert die SPD-Bundestagsfraktion eine ausreichende Finanzierung der Förderung von Energieeffizienz und neuer Technologien. Der Energie- und Klimafonds wird durch seine Unterfinanzierung und falschen Ausgestaltung keines seiner Ziele erreichen.



Energiewende jetzt!

Deutsch-Russische Visapraxis zügig erleichtern Interfraktionelle Arbeitsgruppe für eine parlamentarische Initiative zur Liberalisierung startet Arbeit

*Anlässlich der 1. Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Visa-Liberalisierung mit Russland, die am 29. Juni 2011 unter seiner Leitung stattgefunden hat, erklärt der Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Russland, **Franz Thönnnes**:*

Die Entwicklung einer gemeinsamen fraktionsübergreifenden Initiative aus dem Deutschen Bundestag, die zu Erleichterungen und zu einer Liberalisierung der bisherigen Visapraxis mit Russland führt, ist das Ziel einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, die am 29. Juni 2011 erstmals im deutschen Parlament tagte. Sie ist das Resultat einer Vielzahl von Kritiken von Russland-Reisenden und Gesprächen sowie Erfahrungen von internationalen Zusammenkünften von Parlamentariern. Wechselseitig wird sie vom außenpolitischen Sprecher der CDD/CSU-Fraktion, Philipp Mißfelder, sowie dem Berichterstatter für Russland der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss, Franz Thönnnes, geleitet. Ebenfalls zur Bildung der Arbeitsgruppe hat ein Informationsgespräch mit dem Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Rainer Lindner im Mai dieses Jahres mit Abgeordneten aller Parteien beigetragen. Dabei wurde deutlich darauf hingewiesen, welche Belastungen und Hindernisse durch die derzeitigen Visaregelungen auf deutscher und russischer Seite für gegenseitige Besuche bestehen. Dies sei auch durch eine Umfrage des Ost-Ausschusses bei rund 200 deutschen Firmen, die am 7. Juli 2011 veröffentlicht wurde, zu belegen.



Die intensiven Beziehungen zwischen beiden Ländern sind nicht nur durch die Tätigkeit von gut über 6.500 deutschen Unternehmen in Russland, sondern auch durch eine Vielzahl von Städtepartnerschaften, Kooperationen und Austauschprojekten im gesellschaftlichen,

kulturellen und wissenschaftlichen Bereich geprägt. Unterstrichen wird dies durch die enge Zusammenarbeit im Energiesektor und der deutsch-russischen Modernisierungspartnerschaft. Russland ist neben seiner Bedeutung als Energie- und Rohstofflieferant einer der wichtigsten Zukunftsmärkte für Produkte aus Deutschland und dem EU-Raum. Die Modernisierung des Gesundheitswesens, der Infrastruktur und der Industrie sind gemeinsame Zukunftsprojekte, bei denen die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen noch weiter ausgebaut werden können.

Eine Liberalisierung der Visapraxis bis hin zu einer generellen Visafreiheit kann erheblich zu einem Ausbau des Handelsvolumens, aber auch zu einer Vertiefung der gesellschaftlichen Kontakte sowie der menschlichen Begegnungen beitragen. Unter Mitwirkung von Abgeordneten aller Fraktionen aus dem Bereichen Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik wird sich die Arbeitsgruppe mit den Erfahrungen der bisherigen Visapraxis sowie den Einschätzungen von Betroffenen befassen. Dazu werden Dialoge mit Vertretern der Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, des Sports, der Tourismusbranche sowie von politischen und gesellschaftlichen Stiftungen gehören. Ebenso sollen die Einschätzungen von Botschaften sowie die Entwicklungen auf europäischer Ebene einbezogen werden. Beabsichtigt ist gleichfalls, eine Anhörung durch den Auswärtigen Ausschuss im Deutschen Bundestag zur Visapraxis durchzuführen.

Mit der jetzigen Initiative werden die Aktivitäten der EU-Kommission sowie der EU-Mitgliedsstaaten zur Verabredung einer Liste „gemeinsamer Schritte“ in Richtung Visafreiheit nicht nur unterstützt, sondern es ist die klare Absicht, sie auch von deutscher Seite aus dem Parlament heraus zügiger voranzutreiben, denn die Visa-Verfahren dürfen nicht zu einem Bremsklotz der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland werden.

Ausbildungsprojekt „FBQ“ - Fehmarnbeltquerung: Thönnnes erhält Unterstützung von dänischer Regierung

„Mit dieser Entscheidung sind wir ein großes Stück weiter“, so SPD-MdB Franz Thönnnes, nachdem der dänische Verkehrsminister Hans Christian Schmidt am 30. Juni 2011 vor den „Freunden der Festen Fehmarnbeltquerung“ und in Anwesenheit von Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer im Rahmen des Sommerempfangs in der Residenz des dänischen Botschafters in Berlin erklärte, dass Femern A/S bei den nun vorzunehmenden Ausschreibungen für die feste Fehmarnbeltquerung auch prüfen sollte, wie Konditionen mit aufgenommen werden könnten, die vorsehen, dass die beteiligten Unternehmen auch junge Menschen während der Bauphase des Tunnels ausbilden.



Franz Thönnnes dankt dem dänischen Verkehrsminister Hans Christian Schmidt

Thönnnes hatte bereits 2009 vorgeschlagen, im Rahmen des Baus der Fehmarnbeltquerung ein Ausbildungsprojekt „FBQ – Fördern – Bilden – Qualifizieren“ zu integrieren, denn schließlich würde mit der festen Verbindung auch ein neuer grenzüberschreitender Arbeitsmarkt entstehen. Zentraler Teil des Projektes ist die gemeinsame Berufsausbildung von dänischen und deutschen Jugendlichen nach dem Ausbildungsrecht beider Länder inklusive der Vermittlung der zwei Sprachen sowie Englisch beim Bau der Fehmarnbeltquerung. Dabei regt der SPD-Politiker an, dass die Ausbildung durch eine für diesen Zweck zu gründende Ausbildungs- und Qualifizierungsgesellschaft in den beteiligten Unternehmen während der Bauphase organisiert wird. Ziel ist, eine Prüfung nach deutschem und dänischem Recht abzulegen, um beidseitig der Grenze zu anerkannten Lehrzertifikaten zu kommen.

Bei dem zu erwartenden Einsatz von ca. 7.000 Beschäftigten während der Bauphase, schlägt Thönnnes, der Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages ist, vor, zwischen 600 – 800 junge Dänen und Deutsche beim Bau der Querung auszubilden. Hinzukommen könnte eine gewisse Zahl Jugendlicher auch aus anderen Ostsee-Anrainerstaaten.

Im Rahmen eines Delegationsbesuches der schleswig-holsteinischen SPD in Kopenhagen im Februar dieses Jahres hatte Thönnnes sein Projekt Verkehrsminister Schmidt und den Mitgliedern des Verkehrsausschusses im Folketing vorgestellt. Bereits dabei fand er große Zustimmung. „Nun aber gibt es die offizielle Zusage, dass das Thema Berufsausbildung bei den Ausschreibungen eine Rolle spielen soll“, freut sich Thönnnes. Inzwischen hatte der SPD-Politiker auch intensive Kontakte zu CELF (Center for Erhverv og Uddannelse) auf Sjælland geknüpft. Dieses Zentrum für Wirtschaft und Ausbildung ist eine der größten Ausbildungsinstitutionen der Region Sjælland mit ungefähr 2.700 Jahresschülern und 400 Mitarbeitern. Auch hier ist sein Vorhaben auf großes Interesse und Unterstützung gestoßen. Nun wird der SPD-Politiker Ende August nach Kopenhagen reisen, um mit Vertretern von Femern A/S und Femern Belt Development über weitere Umsetzungsschritte zu sprechen.

„Die Verwirklichung dieses Ausbildungsprojektes wäre ein Unikat in Europa und ein hervorragendes Beispiel guter Ostsee-Kooperation. Ebenso würde es dazu beitragen, das bereits feste Fundament der deutsch-dänischen Beziehungen mit einer beispielhaften Perspektive für junge Menschen weiter zu stärken“, so Thönnnes.

Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin Thönnnes: Gemeinsam für ein solidarisches Gesundheitssystem



v.l.n.r.: Norbert Vahl, Ralph Baum und Franz Thönnnes

„Gesundheit zukunftssicher organisieren“, so lautete der Titel der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin am 29. Juni 2011. Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes nahmen Norbert Vahl, Betriebsratsvorsitzender des DRK Kreisverbandes Segeberg, und Ralph Baum vom Betriebsrat der Klinikum Bad Bramstedt GmbH teil.

Hintergrund der Konferenz war die ständige Verteuerung des Gesundheitssystems durch die Politik der Bundesregierung für die gesetzlich Versicherten ohne spürbare Verbesserungen. „Bisher trugen starke Schultern mehr als schwache. Künftig aber müssen Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen über-

proportional die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen tragen, denn die Arbeitgeberbeiträge werden eingefroren. Die Kopfpauschale wird steigen und die Finanzierung des Sozialausgleichs ist ungeklärt. Die angekündigte Vorkasse beim Arzt führt zu einer Dreiklassenmedizin und die CDU/CSU/FDP-Koalition beendet die Solidarität im Gesundheitssystem“, so SPD-MdB Franz Thönnnes. Die SPD-Bundestagsfraktion tritt für 'Gute Arbeit' ein, die nicht krank machen darf. Dafür muss die Politik bessere Rahmenbedingungen schaffen. „Deshalb fordert meine Fraktion eine Gesundheitspolitik ohne Klassenschranken mit einer solidarischen Bürgerversicherung und einer Humanisierung der Arbeit. Das Gesundheitssystem muss wieder von den Beschäftigten und Arbeitgebern zu gleichen Teilen finanziert werden“, erläutert der SPD-Politiker.

Neben der Darstellung der gesundheitspolitischen SPD-Positionen diente die Konferenz insbesondere dem Austausch zwischen den über 250 Betriebs- und Personalräten als Experten vor Ort und den SPD-Gesundheitspolitikern.

„Durch die Gesundheitspolitik der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung hat sich die finanzielle Situation der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein nochmals dramatisch verschlechtert. Einsparungen können nur noch durch Personalabbau getätigt werden. Aber das Personal ist schon jetzt überlastet. Als ersten Schritt ist es notwendig, dass die Krankenhäuser ihre Kostensteigerungen voll refinanziert bekommen“, so Ralph Baum. Und Norbert Vahl ergänzt: „Um das solidarische Gesundheitssystem zu erhalten, brauchen wir eine enge Kooperation zwischen den Gewerkschaften und der SPD. Der Austausch in dieser Konferenz ist dafür eine gute Basis.“



Mitglieder des AfA-Landesvorstandes und Franz Thönnnes.
v.l.n.r.: Norbert Vahl, Jürgen Müller, Inke Marie Jaschinski, Wolfgang Mädels, Bernd Friedrich und Franz Thönnnes

„Das Gespräch mit den Betriebsräten hat einmal mehr deutlich gemacht, dass wir in der Gesundheitspolitik dieselben Vorstellungen haben. Hier müssen wir jetzt gemeinsam für Mehrheiten werben und mit den Gegnern streiten“, so Thönnnes abschließend.

Blick hinter die politischen Kulissen bei SPD-MdB Franz Thönnies Kommunalpolitiker und Bürger aus Segeberg und Stormarn in Berlin

Am 1. Juli 2011 konnte Franz Thönnies, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär a.D., 48 Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis Segeberg/Stormarn-Nord im Berliner Reichstagsgebäude begrüßen. Nach dem Besuch im Plenarsaal nahm sich Thönnies Zeit, mit seinen Gästen aktuelle politische Themen zu diskutieren. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen dabei die Griechenlandkrise und die Solidarität Europas sowie die Bildungspolitik. Ebenso aber wollten die Teilnehmer wissen, wie der tägliche Arbeitsablauf eines Bundestagsabgeordneten aussieht.



Franz Thönnies mit seinen Gästen aus den Kreisen Segeberg und Stormarn auf der Kuppel des Reichstagsgebäudes

Ein weiterer Programmpunkt der dreitägigen Fahrt war der Besuch des Auswärtigen Amtes. Hier ging es vor allem um die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik. Im Willy-Brandt-Haus, der SPD-Parteizentrale, diskutierte man mit der Büroleiterin der stellvertretenden Parteivorsitzenden Manuela Schwesig über den aktuellen Reformprozess der SPD. Und im Bundesrat gab es umfassende Informationen zum Föderalismus und zur Mitwirkung der Bundesländer an der Gesetzgebung. Ergänzt wurde das Programm durch den Besuch des Denkmals der ermordeten Juden Europas, ein Informationsgespräch in der Landesvertretung Schleswig-Holstein und eine Stadtrundfahrt zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten in Berlin. Mehrmals im Jahr lädt Thönnies Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis zu einem interessanten Mix aus Politik und Kultur nach Berlin ein. Organisiert werden die Fahrten durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

„Ich habe viele interessante Eindrücke rund um die Bundespolitik mit nach Hause nehmen können. Von der Vielfalt der politischen und kulturellen Prägung Berlins bin ich sehr beeindruckt“, so Carla Rieke aus Bad Segeberg. „Diese Fahrten geben den Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis einen guten Überblick darüber, was es ausmacht, Politik zu machen. Und sie werden gleichzeitig zu Multiplikatoren der Demokratiebildung ausgebildet und können für unsere Arbeit in Berlin werben“, so Thönnies abschließend.

Willy-Brandt Stiftung unterstützt den deutsch-norwegischen Jugendaustausch Thönnies übergibt Scheck an Bord der Thor Heyerdahl



Fotograph: Sven Janssen

Franz Thönnies (2.v.rechts) übergibt Kapitän Detlef Soitzek (3.v.r.) sowie Schülern und Organisations-Lehrern den Scheck

Bereits zum zweiten Mal konnte Franz Thönnies, Co-Vorsitzender der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt Stiftung, an Bord der Thor Heyerdahl einen Scheck in Höhe von 1.500 Euro zur Förderung des deutsch-norwegischen Jugendaustausches überreichen.

Unterstützt werden damit 16 deutsche und 16 norwegische Jugendliche des Thor Heyerdahl Gymnasiums in Kiel und der gleichnamigen Schule in Larvik, die im Mai mit dem Traditionsssegler von Kiel nach Norwegen zurück segelten. Bei deutsch-norwegischer Kabinenbelegung und gemeinsamen Wachen entwickelten sich schnell Kontakte zwischen den Jugendlichen, die dank der modernen Kommunikationsmedien auch gepflegt werden. „Wir leben in einer immer weiter zusammenwachsenden Welt. Das gute Miteinander kann aber nur funktionieren, wenn man offen und interessiert aufeinander zugeht. Dieses Projekt fördert den Austausch und die Toleranz zwischen jungen Menschen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu einem guten Verständnis zwischen Deutschland und Norwegen“, erläutert Franz Thönnies das Engagement der Norwegisch Deutschen Willy-Brandt-Stiftung.

Olsztyn/Polen - Bad Segeberg - Berlin/Seedorf - Hamburg - Norderstedt - Kiel - Ahrensburg - Ellerau - Norderstedt - Neumünster - Bad Segeberg - Kiel - Hamburg - Wahlstedt - Bad Segeberg - Trappenkamp/Daldorf - Kiel

Knapp vier Wochen sind seit dem letzten Thönnnes-Info-Brief vergangen. Vom 9. bis zum 11. Juni war Franz Thönnnes in Polen. Hier tagte in Olsztyn, dem ehemaligen Allenstein, das Enlarged Standing Committee der Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC - Ostseeparlamentarierkonferenz). In der darauffolgenden sitzungsfreien Woche war seine IP-Stipendiatin (Internationales Parlaments-Stipendium) Veronika Svists zu Besuch im Wahlkreis. Mehr dazu auf den Seiten 8 und 9. Den Abschluss dieser intensiven Woche bildete am Samstag die Ideenschmiede zum Landtagswahlkampf im SPD-Haus in Kiel. Am 20. Juni traf sich Thönnnes in Kiel mit dem isländischen Botschafter S.E. Gunnar Snorri Gunnarsson, der im Kieler Landesparlament im Rahmen einer Veranstaltung der Europa-Union über den Stand des isländischen EU-Beitritts berichtete. Einen Tag später stand er knapp 80 Schülerinnen und Schülern der Heimgartenschule in Ahrensburg Rede und Antwort. Am Abend desselben Tages gab er in der Ortsvereinssitzung der SPD Ellerau einen Bericht aus Berlin.

Die Eindrücke aus Ahrensburg noch im Gepäck diskutierte Thönnnes am 22. Juni mit Jugendlichen im Lessing-Gymnasium in Norderstedt. Von hier führte sein Weg nach Bad Segeberg, wo er mit der Niederlassungsleiterin der JobA GmbH, Annette Nißen, über die Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik sprach. Weitere Infos hierzu auf Seite 10. Der Abschluss dieses Tages fand dann beim Europa-Forum der SPD-Schleswig-Holstein zum Thema „Schwerpunkte und Strategien schleswig-holsteinischer Ostseepolitik“ in Kiel statt. Nur einen Tag später war der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär erneut zu Gast in Kiel und nahm an der Landesparteiratssitzung teil. „Zur Wahl zum Vorsitzenden dieses wichtigen Gremiums gratuliere ich Sönke Rix ganz herzlich. Gleichzeitig gilt es aber auch Andreas Beran für sein bisheriges großes Engagement in diesem Amt zu danken. Er hat den Parteirat gut positioniert“, so Franz Thönnnes.



v.l.n.r.: Franz Thönnnes, Andrey Klimov und Knut Fleckenstein

Der Freitag stand dann ganz im Zeichen der internationalen Politik. Thönnnes gab als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages beim European Club Meeting der russischen Duma in Hamburg unter Vorsitz des Abgeordneten Andrey Klimov und des SPD-EU-Parlamentarier Knut Fleckenstein ein Input zu den deutsch-russischen Beziehungen mit Blick auf die EU-Russland-Kooperation. Abends wurde ihm vom Co-Vorsitzenden Klimov die auf 100 Exemplare limitierte „European Club Medaille“ verliehen. Bevor es dann zu den letzten beiden Sitzungswochen vor der Sommerpause nach Berlin ging, sprach der SPD-Politiker am 25. Juni zur Eröffnung des 17. Fest der Nationen in Wahlstedt ein Grußwort und war abends bei der diesjährigen Premiere von „Der Ölprinz“ beim 60jährigen Jubiläum der Karl-May-Spiele in Bad Segeberg zu Gast.

Am Samstag, den 2. Juli, empfing er dann 20 junge Russen und Deutsche, die als Teilnehmer eines Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung Moskau zu Gast in der JugendAkademie in Bad Segeberg waren. Dazu mehr auf Seite 11. Im Erlebniswald Trappenkamp in Daldorf nahm er am folgenden Sonntag am SPD-Familienommer teil. Montags führte es ihn dann nach Kiel. Hier übergab er in seiner Eigenschaft als Co-Vorsitzender der Norwegisch-Deutschen Willy Brandt-Stiftung, Schülerinnen und Schülern des Thor Heyerdahl-Gymnasiums in Kiel-Mettenhof einen Scheck über 1.500 €. Mehr dazu auf Seite 6. Um 6.00 Uhr am Dienstagmorgen ging es dann mit dem Zug vom Hamburger Hbf zur letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause nach Berlin.

Auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnnes: Junge Estin besuchte die Kreise Segeberg und Stormarn



Jutta Hartweg, Veronika Svists und Franz Thönnnes vor dem Haus Segeberg

Drei Tage war Veronika Svists aus Röpina in Estland zu Gast bei SPD-MdB Franz Thönnnes in den Kreisen Stormarn und Segeberg. Der Wohnort der 24-jährigen Estin liegt in Segebergs Partnerkreis Pölva. Seit März dieses Jahres ist die Studentin der Staatswissenschaft als Praktikantin im Berliner Büro des SPD-Bundestagsabgeordneten tätig. Sie ist eine von 115 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die am Internationalen Parlamentsstipendium des Deutschen Bundestages teilnehmen. Neben der Mitarbeit in den Büros der Bundestagsabgeordneten studieren die Praktikanten an der Humboldt-Universität oder der Freien Universität in Berlin, besuchen die politischen Stiftungen der Parteien, nehmen an den verschiedensten Gremiensitzungen des Parlaments teil und begleiten die Abgeordneten im Rahmen ihres Berliner Arbeitstages.

Franz Thönnnes, der bereits zum fünften Mal einen Gast aus Estland hat: „Das ist ein hervorragendes Mittel, um jungen Menschen aus anderen Teilen der Welt unser politisches System und die Arbeit in der parlamentarischen Demokratie nahezubringen.“ Fester Bestandteil des fünfmonatigen Aufenthalts der Stipendiaten ist auch eine Fahrt in den Wahlkreis. So standen jetzt Besuche bei Segebergs Landrätin Jutta Hartweg, im Bürgerbüro von Franz Thönnnes sowie eine Teilnahme an der Sitzung des Segeberger Kreistagsausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur auf dem Programm. Dazu gehörten ebenso ein Gespräch mit Dieter Fiesinger, dem Leiter der Segeberger JugendAkademie, ein Betriebsbesuch beim Integrationsunternehmen di.hako in Trappenkamp, eine Teilnahme an einem Treffen der Norderstedter Jungsozialisten, ein Termin mit dem neuen Bezirksleiter der IGM Küste Meinhardt Geiken in Hamburg sowie ein Besuch der Stadtwerke Norderstedt.

Während des Termins im Haus Segeberg verwies Landrätin Jutta Hartweg auf die fast zwei Jahrzehnte bestehende Partnerschaft mit dem estnischen Kreis Pölva. 2013 wird man das 20-jährige Jubiläum feiern können. Schwerpunkte der Partnerschaft seien der gegenseitige Praktikantenaustausch in den Verwaltungen, der Jugendaustausch, die Förderung der Kooperation von Vereinen in beiden Kreisen sowie das Thema „Grüne Energie“. Auch erläuterte die Chefin der Kreisverwaltung die Struktur des Kreises sowie seine wesentlichen Aufgaben im Rahmen der schleswig-holsteinischen Kommunalverfassung. Dies traf auf das besondere Interesse von Veronika Svists, die im Rahmen ihres Studiums als Hauptfächer Verwaltungswissenschaften, Europa-Studien und Internationale Beziehungen belegt hat. Das führte sie bereits im Jahr 2007 zu einem sechsmonatigen Studium an die Universität Lüneburg. Jutta Hartweg: „Derartige internationale Studienaufenthalte während der Ausbildung sind zunehmend wichtige Bausteine für die spätere berufliche Karriere.“



Zusammen besuchten Thönnnes und Svists auch die JugendAkademie in Bad Segeberg und sprachen mit ihrem Leiter, Herrn Dieter Fiesinger (l.v.l.)

Der Besuch in der JugendAkademie in Bad Segeberg brachte „alte Bekannte“ zusammen. Akademieleiter Dieter Fiesinger war hoch erfreut, mit Veronika Svists eine Teilnehmerin eines internationalen Jugendseminars aus dem Jahr 2004 in der einstigen Mühle wiederzusehen. So tauschte man nicht nur damals gemachte Erfahrungen aus, sondern sprach auch über die aktuellen Planungen der JugendAkademie mit Bad Segebergs Partnerstadt Võru im Kreis Põlva zum Jugendseminar-Thema „Demokratie in Europa“. Sehr beeindruckt zeigte sich der Gast aus Estland über die neuen Räume und Kapazitäten der Jugendbildungseinrichtung am Standort der ehemaligen Evangelischen Akademie in der Kreisstadt. Dieter Fiesingers Information: „Wir wollen auch die Kontakte nach Kaliningrad ausbauen“, traf sofort bei Franz Thönnnes auf Interesse. Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages sicherte er hierbei seine Unterstützung zu, da er derzeit auch an dem Ausbau der Kontakte mit dem früheren Königsberg arbeitet.



Veronika Svists in Berlin

Und natürlich versäumte es der SPD-Bundestagsabgeordnete nicht, Veronika Svists das 30 Jahre ältere Berlin mit Potsdamer Platz, Unter den Linden und Kurfürstendamm im Kreis Segeberg zu zeigen. Thönnnes: „Das ist einfach ein Muss, damit man nicht glaubt, es gäbe nur ein Berlin in Deutschland.“ Auch die Aufenthalte von Veronika Svists in Norderstedt brachten Bekanntes und Neues für die estnische Studentin. Bei der Sitzung mit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten traf sie erneut mit dessen Leiter Daniel Kaiser zusammen. Mit ihm hatte sie bereits Anfang März bei dessen 14-Tage-Praktikum im Berliner Abgeordneten Büro von Franz Thönnnes zusammengearbeitet. Neu waren letztendlich die Informationen durch Werkleiter Theo

Weirich beim abschließenden Besuch der Stadtwerke Norderstedt über deren aktuelles Ökostromangebot im Rahmen der Aktion „TuWatt“.

Im Stormarner Teil des Wahlkreises besuchte Veronika Svists zusammen mit dem SPD-Politiker darüber hinaus die Agentur für Arbeit in Bad Oldesloe. Die Vorsitzende der Geschäftsführung Dr. Heike Grote-Seifert und der operative Geschäftsführer Klaus Faust informierten den Bundestagsabgeordneten und die junge Estin über die erfreuliche Entwicklung des Arbeitsmarktes im Land und im Bereich der Arbeitsagentur Bad Oldesloe. „Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 16 Jahren“, so die Chefin der Arbeitsverwaltung in der Kreisstadt. Gemeinsam bewerte man dies als ein Resultat des eingetretenen Wirtschaftsaufschwungs und der in der Krise eingeführten flexiblen und verbesserten Regelungen zur Kurzarbeit. Dr. Grote-Seifert: „Die Unternehmen haben die Mitarbeiter auch bei schwieriger wirtschaftlicher Lage gehalten und können jetzt mit der bewährten Mannschaft bei verbesserter Konjunktur durchstarten.“ Franz Thönnnes nutzte diesen Besuch gleichzeitig zur Hinterfragung der Wirkungen der Kürzungs- und Streichungsabsichten der Merkel-Regierung in der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Siehe Seite 10).



v.l.n.r.: Klaus Faust, Veronika Svists, Heike Grote-Seifert und Franz Thönnnes vor der Arbeitsagentur Bad Oldesloe

Veronika Svists: „Der Besuch im Wahlkreis von Franz Thönnnes und insbesondere in unserem deutschen Partnerkreis war für mich sehr wichtig. Ich nehme viel mit, vor allem für den weiteren Austausch zwischen unseren Kommunen und für die Diskussion über erneuerbare Energien in Estland.“

Regierung kürzt aktive Arbeitsmarktpolitik drastisch SPD-MdB Thönnnes im Gespräch bei der JobA GmbH in Bad Segeberg

Am Mittwoch, den 22. Juni 2011, traf sich Franz Thönnnes, SPD-Bundestagsabgeordneter für die Kreise Segeberg und Stormarn, mit der Niederlassungsleiterin der JobA GmbH Annette Nißen in Bad Segeberg.

Gesprächsthema waren die massiven Kürzungen der Bundesregierung bei den Programmen „Schulverweigerung – die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“, die in Bad Segeberg von der JobA GmbH organisiert werden. Beide Programme haben Deutschlandweit 400 Standorte und erreichen 40.000 junge Menschen, die ihnen beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt helfen. Dazu Thönnnes: „Von den Streichungen ist auch der Standort in der Kreishauptstadt erheblich betroffen. Daher habe ich mich vor Ort genauer über die bislang guten Arbeitsergebnisse informiert. Auch in diesem Gespräch ist wieder klar geworden, dass die Kürzungen von CDU/CSU und FDP am absolut falschen Punkt ansetzen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion auch einen Antrag zum Erhalt dieser Programme in den Deutschen Bundestag eingebracht.“ (Drs. 17/6103)

Jetzt hat die Bundesregierung mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ (Drs. 17/6277) darüber hinaus ein weiteres Kürzungspaket im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den Deutschen Bundestag eingebracht und will dieses im September abstimmen lassen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es nicht nachzuvollziehen und ein schwerer Fehler, dass die Regierungskoalition im Bundeshaushalt und im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit bei der Arbeitsmarktpolitik bis 2015 weitere 26,5 Milliarden Euro kürzen will. Besonders unverständlich ist, warum mit dem Gründungszuschuss eines der erfolgreichsten Instrumente nun radikal zusammengestrichen werden soll. „Auch bei uns hat sich dieses Instrument bewährt. So werden im Agenturbezirk Bad Oldesloe derzeit 722 Arbeitslose mit dem Zuschuss gefördert. Wenn die Kürzungen Realität werden, dürfte dieser Zahl wohl um weit über 60 Prozent reduziert werden“, befürchtet Thönnnes.

**ACHTUNG
ROTSTIFT**



Quelle: Claudia Hautumm / www.pixelio.de

So erfreulich die sinkende Arbeitslosigkeit ist, so sehr bereitet der Umstand Sorge, dass sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Bereich des Sozialgesetzbuches II nur geringfügig verringert hat. Gerade hier wäre es notwendig, mehr Zeit und Personal sowie die Finanzmittel gezielter einzusetzen um insbesondere den Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen zu helfen. Aber genau hier wird völlig kontraproduktiv gekürzt. Das gilt für das Zusammenstreichen der Mittel zur Integration älterer Arbeitsloser, der radikalen Reduzierung der sogenannten 1,- €-Jobs und der Streichung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Auch der Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer und der Ausbildungsbonus sollen gestrichen werden. Ebenso problematisch ist, dass die Einstiegsqualifizierung, die vielen noch nicht ausbildungsreifen Jugendlichen geholfen hat, nur noch bis 2014 befristet ist. Die Leistungen zur Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung werden zwar entfristet. Der neu eingeführte Zwang zur 50-prozentigen Kofinanzierung durch Dritte ist jedoch widersinnig, denn gerade wo soziale Brennpunkte sind, fehlt den Kommunen das Geld.

„Was unter dem wohlklingenden Deckmantel von Entbürokratisierung und Zielgenauigkeit für Arbeitslose verkauft wird, ist nichts weniger als der dreiste Versuch, den Bundeshaushalt auf dem Rücken derer zu sanieren, die sich am wenigsten wehren können – Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen, alleinerziehende Frauen, Ältere mit und junge Menschen ohne ausreichende Qualifizierung, Behinderte sowie Migranten“, kritisiert der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich zusammen mit den Gewerkschaften und vielen Verbänden und Vereinen vehement gegen die Kürzungspläne der Bundesregierung einsetzen und hat am 7. Juli 2011 einen eigenen Antrag (Drs. 17/6454) zur Reform der Arbeitsmarktinstrumente in den Deutschen Bundestag eingebracht.

2. Deutsch-Russische Politikwerkstatt zu Gast in Bad Segeberg: Thönnnes diskutierte mit jungen Erwachsenen über die Zukunftsperspektiven der deutsch-russischen Beziehungen



Thönnnes inmitten der Teilnehmer der Politikwerkstatt

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung war vom 1. – 3. Juli 2011 mit ihrer 2. Deutsch-Russischen Politikwerkstatt und jeweils 10 politisch engagierten jungen Menschen aus beiden Ländern zu Gast bei der JugendAkademie in Bad Segeberg. Der Aufenthalt in der Kreisstadt war der letzte Abschnitt der einwöchigen Zusammenkunft, die die Teilnehmer von Berlin, über Brandenburg und Rendsburg sowie Flensburg in den Kreis Segeberg führte. SPD-MdB Franz Thönnnes, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, hatte die Schirmherrschaft für die Politikwerkstatt 2011 mit dem Thema „Minderheiten in der Demokratie“ übernommen.

Die Politikwerkstatt ist ein Forum für politisch engagierte junge Erwachsene, das jährlich von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau und Berlin organisiert wird. Ziel ist neben der inhaltlichen Bearbeitung eines Rahmenthemas, die Vermittlung von Ideen und Anregungen für vielfältige Formen des demokratischen Engagements in den Heimorten der Teilnehmer. Außerdem soll die Vernetzung zwischen den politischen Nachwuchskräften aus beiden Ländern gefördert und weitere bilaterale Projekte angeregt werden.

Während der Diskussion mit dem Segeberger Bundestagsabgeordneten ging es um Fragen der zukünftigen Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen. Thönnnes unterstrich dabei, dass neben den inzwischen engen wirtschaftlichen Verflechtungen durch das Engagement von gut über 6.500 deutschen Unternehmen in Russland auch die Bande im gesellschaftlichen Bereich immer enger geworden sind. So besteht seit 2006 die Stiftung „Deutsch-Russischer Jugendaustausch“, über die inzwischen 40.000 Schüler und Fachkräfte beider Länder an Austauschprojekten teilgenommen haben. Zwischen 300 Schulen und 100 deutschen und russischen Städten bestehen Partnerschaften. Bei der dreistündigen Diskussion in den Räumen der JugendAkademie in Bad Segeberg mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten standen Fragen der demokratischen Entwicklung in Russland, der Pressefreiheit und der Liberalisierung der Visa-Regelungen im Mittelpunkt. Thönnnes verwies dabei auf die inzwischen engen politischen Gespräche auf Regierungs- und Parlamentsebene, an denen er selbst häufig teilnimmt. „Das ist über die Jahre ein guter offener und auch kollegial-kritischer Gedankenaustausch geworden“, so der SPD-Politiker.

Man bespreche eine Vielzahl von gemeinsamen Interessen, sei aber auch deutlich, wenn es um Korruption und die Freiheit der Medien ginge. Und um die Visa-Regelungen zügiger zu erleichtern, sei gerade erst im Deutschen Bundestag eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe



Der SPD-Politiker diskutierte drei Stunden intensiv mit den Jugendlichen

gebildet worden, die er gemeinsam mit dem außenpolitischen Sprecher der Union leite. Für den weiteren Austausch zwischen jungen Deutschen und Russen regte Thönnnes gegenüber den Werkstattteilnehmern an, den Kontakt zwischen den politischen Jugendorganisationen auszubauen und auch gegenseitige Praktika von jungen Journalisten bei deutschen und russischen Medien zu fördern.

Am Ende der Politikwerkstatt gab es nur positive Einschätzungen über ihren Verlauf. Beispielfhaft meinte Anna Svtina (28), eine junge Journalistin aus Wolgograd: „Diese Werkstatt war sehr interessant für uns. Sie hat uns einen guten Einblick in die gesellschaftliche Situation von Minderheiten in Deutschland und den Umgang mit ihnen gegeben. Ich habe sehr viel dazu gelernt.“



In Berlin zeigte Franz Thönnnes den Jugendlichen den Reichstag

Und René Marquardt (23), Politik- und Soziologiestudent aus Kaltenkirchen und aktiver Juso, der bereits bei der 1. Politikwerkstatt in Russland mit dabei war, ergänzte: „Mir hat gefallen, dass wir unsere Diskussion vom letzten Jahr fortsetzen konnten. Man bekommt zunehmend ein besseres Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen in Russland und Deutschland. Die Zusammenarbeit muss auf jeden Fall weiter ausgebaut werden.“

Und auch der Schirmherr der Politikwerkstatt, SPD-MdB Franz Thönnnes, zeigte sich erfreut: „Wir haben gerade in der letzten Woche des Überfalls von Hitler-Deutschland auf Russland vor 70 Jahren am 22. Juni 1941 mit einer Debatte gedacht. Wenn man heute sieht, wie junge Deutsche und Russen nun gemeinsam ihre Zukunft diskutieren, dann ist das ein gutes und Mut machendes Zeichen für eine friedliche Entwicklung in Europa.“



Quelle: Roland Tschirner / www.nixallo.de

Bürgerbüro

Oldesloer Straße 20
23795 Bad Segeberg
Tel.: 04551-968383
Fax.: 04551-967338
E-Mail: buergerbuero@thoennes.de

Berliner Büro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-71128
Fax.: 030-227-76828
E-Mail: franz.thoennes@bundestag.de

Impressum

Herausgeber: Franz Thönnnes
Redaktion: Franz Thönnnes,
Flemming Krause
Redaktionsadresse: Berliner Büro,
Platz der Republik 1,
11011 Berlin

Mehr Informationen unter: www.thoennes.de